

Entziehung der Abgaben.

Reichsgerichts-Erkennniß vom 17. 11. 92.

(Schluß.)

Entscheidungen in Strafsachen Band 4 Nr. 99; Band 10 Nr. 19; Band 13 Nr. 87 (Seite 291 zu 2) u. a. m.

Besonders verhängnißvoll gestaltet sich der hier gerügte Rechtsirrtum in seiner Fortwirkung auf die nur als Gehilfen des D. angeschuldigten Beschwerdeführer. Gegen dieselben ist nicht mehr festgestellt, als daß sie in dem kritischen Zeitraum 1836–1888 „öfters“ beziehungsweise „wiederholt“ unter ihrer Adresse angelangte „Postpakete“ mittelbar oder unmittelbar für D. zwecks Einschwörung aufbewahrt und bereit gehalten haben. Näheres über Zeitpunkt, Größe, Gewicht, Werth, Inhalt der fraglichen Pakete, Zahl solcher Sendungen ist nicht ermittelt. Weil aber, wie das Urtheil bemerkt, die Beschwerdeführer „den Hauptthätern ohne alle Einschränkung ihre Mitwirkung geliehen und haben leihen wollen“, deshalb seien sie als Gehilfen der gesamten von D. verübten Defraudationen haftbar und nach Maßgabe der vom Hauptthäter D. verurtheilten Gesamtstrafe zu ahnden. Die hier gezogene Folgerung widerspricht entschieden dem Rechte. Wie das Reichsgericht bereits früher hervorgehoben, Entscheidungen in Strafsachen Band 17 Nr. 56, muß, wenn die Theilnahme Dritter bei der Verübung einzelner, an sich selbstständiger, bezüglich des Hauptthäters aber als Bestandtheile eines fortgesetzten Delicts angelegener Einzeldelicten in Frage steht, besonders sorgfältig in objectiver wie in subjectiver Hinsicht unterschieden werden, in welchem real oder ideal concurrirenden Verhältniß mehrfach vorliegende Theilnahmehandlungen dieser Dritten zu einander stehen. Die Angeklagte Hi., welche allein mit D. unmittelbar verkehrt hat, mag gewußt haben, daß dieser wiederholt und fortgesetzt Waaren einzuschwärzen beabsichtige, und sie mag auch entschlossen gewesen sein, hierbei „ohne alle Einschränkung“ mitzuwirken. Solche allgemeine Bereitwilligkeit schließt aber entfernt nicht aus, daß jede Waarensendung, welche an sie gelangte, das Substrat eines vollkommen selbstständigen Defraudationsvorsatzes und einer vollkommen selbstständigen Defraudationshätigkeit ihrerseits wurde. Unmöglich kann die Hi. zwei Jahre im Voraus den Entschluß gefaßt haben, ein zwei Jahre später bei ihr eintreffendes Postpaket in irgend wie bestimmter Weise an D. zur Einschwörung zu überlassen. Unmöglich kann sie gewillt gewesen sein, bei allen von D. auszuführenden Defraudationen, auch solche eingeschlossen, bei denen D. ihrer Hilfe gar nicht bedurfte, bis in alle Ewigkeit mitzuwirken. Unmöglich kann man sie daher auch für all solche Einschwörungen des D. verantwortlich machen, welche ohne ihr Wissen und Wollen und ohne jede Betheiligung ihrerseits vielleicht schon vor Beginn ihrer Gehilfenthätigkeit von D. ausgeführt worden sind. — Vollends befremdlich und der Natur der Dinge widersprechend wird die dem Beschwerdeführer He. zu theil gewordene Belastung. Dieser hat erwießenermaßen von D. gar nichts gewußt, dem D. positiv keinerlei Hilfe leisten wollen; wie oft, mit welchem einheitlichen, oder mehrfach wiederholten Willensentschluß D. defraudirt hat, darüber fehlte ihm jede Ahnung, er wollte in einigen vereinzelt Fällen lediglich der Hi. gefällig sein; deshalb hat er ein paar Postpakete angenommen und der Hi. überlassen. Dennoch soll er als mit einheitlichem Gehilfenvorsatz die ganze einheitliche That des D. wesentlich fördernder Delinquent für dessen Delict in vollem Umfange mit verantwortlich sein! — Wie schon oben bezüglich des D. im allgemeinen hervorgehoben worden, und wie bei den Gehilfen in noch erhöhtem Maße zutrifft, bedingte die allgemeine Absicht, „ohne Einschränkung“ bei allen möglichen Defraudationen der Zukunft Hilfe zu leisten, durchaus nicht, daß jede Defraudation, zu welcher Hilfe geleistet wurde, nicht lediglich

als Einzelhandlung in Betracht kam und die Beihilfe objectiv wie subjectiv lediglich diesem Einzeldelict geleistet wurde. Danach aber konnten die Gehilfen auch nur für diejenigen Defraudationen verantwortlich gemacht werden, zu denen sie thatsächlich mitgewirkt hatten, und blieb ihr darüber hinausgehender Wille, solange demselben die entsprechende Ausführungshandlung fehlte, bedeutungslos. Lassen sich diejenigen einzelnen, noch nicht vollführten Defraudationen, für welche hiernach die Beschwerdeführer mithafteten, nicht mehr genau feststellen, so wird man sich mit approximativer Schätzung gewisser Mindestbeträge helfen müssen. In keinem Falle sind die hier etwa entgegenstehenden Beweisschwierigkeiten dazu angethan, die willkürliche Unterstellung einer fortgesetzten Delictseinheit zu rechtfertigen.

Entscheidungen in Strafsachen Band 14 Nr. 49.

3) Ein weiterer Rechtsirrtum tritt in den Urtheilsgründen bezüglich des dem Beschwerdeführer He. von den Defraudationen des D. nichts gewußt, daß „er nur der verehelicht sein wollen“, thatsächlich auch nur der Hi. Hilfe geleistet hat. dem entsprechend ist He. der Beihilfe zur Beihilfe schuldig befunden und die Strafe in Anwendung der §§ 44, 49 des Strafgesetzbuches unter zweifacher Reduction der Strafe des Hauptthäters D. bemessen worden.

Zunächst erscheint die hier veruchte Konstruktion einer Beihilfe zur Beihilfe unhaltbar. Hält man mit einiger begrifflicher Schärfe daran fest, daß jede strafbare Theilnahme eine strafbare Hauptthat voraussetzt, daß strafbare Beihilfe objectiv nur unter der Voraussetzung einer verübten oder doch versuchten Hauptthat und subjectiv nur unter der Voraussetzung eines auf die Unterstützung einer solchen Hauptthat gerichteten Vorsatzes unterstellt werden kann, so folgt hieraus ohne weiteres, daß Beihilfe zur Beihilfe für sich allein, also ohne jede Verbindung mit einer Hauptthat, gedacht, einen Widersinn abgiebt. Denkbar und im praktischen Leben nicht selten sind zweifellos Fälle, in denen dem Gehilfen eines Delicts ein zweiter Gehilfe zur Seite steht, der letzte äußerlich ausschließlich mit dem ersten in Verbindung steht, dem zweiten Gehilfen auch innerlich der Person des Hauptthäters gleichgültig ist. Muß aber, um den Gehilfenvorsatz herzustellen, dem zweiten Gehilfen voll bewußt sein, daß das was der erste Gehilfe subjectiv und objectiv zu delinquiren gewillt ist, so schließt dieses Bewußtsein auch selbstredend das delictische Verhältniß des ersten Gehilfen zum Hauptthäter und die Beziehung der secundären Beihilfe zur Hauptthat ein. Mit anderen Worten, Beihilfe zur Beihilfe ist nur ein verfehlter Ausdruck für die Form einer mittelbaren Beihilfe zur Hauptthat, und kann nur in dieser Form strafrechtlich in Betracht kommen. Vorliegendenfalls würden also die Handlungen des He. sich sehr wohl zur Anwendung des § 49 des Strafgesetzbuchs eignen, wenn derselbe überführt wäre, bestimmt oder (dolus eventualis) gewußt zu haben, daß die Hi. beabsichtige mit den ihr durch seine, des He. Beihilfe zugegangenen Waaren einen hauptthätigen Defraudanten bei der Einschwörung nach Oesterreich-Ungarn behilflich zu sein. Was man sich aber bezüglich des Vorsatzes des He. darunter vorstellen soll, daß ausschließlich der Hi. „und sonst niemanden“ habe helfen wollen, bleibt völlig dunkel. Irgend eine Vorstellung muß ihm bei seinem Thun vernünftiger Weise inne gewohnt und irgend etwas, was die Hi. mit den Waaren vorhabe, muß ihm vorgeschwebt haben: schloß er in seiner Vorstellung und seinem Willen jeden Dritten aus, dann muß es eine selbstständige That der Hi. gewesen sein, die er unterstützen wollte. Hierüber war das Urtheil Auskunft zu geben schuldig.

Damit hängt ein ferneres Bedenken zusammen. Geht der Vorsatz des nur mittelbar mit dem Hauptthäter in Beziehung